



MITTE STRAUBING.

STEUERBERATUNGS-
GESELLSCHAFT MBH

Was sollten Sie bei der Einstellung von kurzfristig Beschäftigten (Aushilfskräften) beachten?

Sehr geehrte Mandantin,
sehr geehrter Mandant,

gibt es auch in Ihrem Unternehmen Spitzenzeiten, in denen Sie sich vor Arbeit kaum retten können? Oft ist die Nachfrage zu bestimmten Jahreszeiten besonders hoch. Dann kann die kurzfristige Beschäftigung von Aushilfskräften sehr hilfreich sein - auch um die Stammebelegschaft zu entlasten und alle Kunden zufriedenzustellen.

Steuer- und sozialversicherungsrechtlich bringt die Beschäftigung von Aushilfen einige Besonderheiten mit sich: Mit der richtigen Planung können Sie hier erhebliche Vorteile genießen, wie z.B. niedrige, pauschale Arbeitgeberbeiträge. Beachten müssen Sie jedoch, dass der Arbeitseinsatz auf drei Monate oder insgesamt 70 Arbeitstage im Kalenderjahr begrenzt sein muss.

Arbeitsrechtlich sind kurzfristig Beschäftigte genauso zu behandeln wie reguläre Arbeitnehmer, etwa was den Urlaubsanspruch angeht. Und insbesondere die Befristung des Arbeitsverhältnisses sollten Sie im Arbeitsvertrag eindeutig regeln.



Unsere **Infografik auf der nächsten Seite** gibt Ihnen einen Überblick über die wichtigsten steuer-, sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Punkte, die Sie bei kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen beachten sollten. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Was sollten Sie bei der Einstellung von kurzfristig Beschäftigten (Aushilfskräften) beachten?

Nutzen Sie niedrige Lohnnebenkosten und reagieren Sie flexibel auf Bedarfsspitzen!

Ist die Beschäftigung der Aushilfskraft im Unternehmen auf drei Monate oder 70 Arbeitstage im Kalenderjahr beschränkt?
Diese beiden Zeitgrenzen sind gleichwertig. Eine Beschäftigung gilt dann als kurzfristig, wenn sie keine der beiden Grenzen übersteigt. Die Anzahl der Wochenarbeitstage ist dabei irrelevant.

Ja

Nein

Die kurzfristige Beschäftigung ist sozialversicherungsfrei. Folgende Pflichtversicherungsbeiträge und Umlagen müssen Sie jedoch entrichten:

- Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung. Die Höhe richtet sich nach der Art der Tätigkeit; die Zahlung erfolgt an die zuständige Berufsgenossenschaft.
- Umlagen für Entgeltfortzahlung (U1: 1 %), Mutterschutz (U2: 0,39 %) und Insolvenzgeld (0,12 % des Bruttoarbeitsentgelts, ab 2022 voraussichtlich 0,09 %).

Die Beschäftigung ist lohnsteuerpflichtig. Dabei sind die allgemeinen Regelungen zu beachten. Alternativ ist eine Pauschalierung mit 25 % zulässig, wenn

- die Aushilfe nur gelegentlich beschäftigt wird,
- der durchschnittliche Lohn nicht mehr als 15 € pro Stunde bzw. 120 € je Arbeitstag beträgt,
- die Beschäftigung nicht über 18 zusammenhängende Arbeitstage hinausgeht.

Die Aushilfskräfte können sich die Lohnsteuer im Rahmen ihrer Einkommensteuererklärung ganz oder teilweise erstatten lassen. Das gilt dann, wenn ihre Einkünfte den Grundfreibetrag (für Einzelpersonen 9.744 € in 2021 und 9.984 € in 2022 bzw. jeweils das Doppelte für zusammenveranlagte Ehepaare) nicht überschreiten.

Sie müssen Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge nach den allgemeinen Regelungen abführen. Folgende Sätze werden auf Grundlage des Bruttolohns erhoben und von Arbeitgeber und Arbeitnehmer hälftig getragen:

- 18,6 % gesetzliche Rentenversicherung
- 14,6 % gesetzliche Krankenversicherung (allgemeiner Satz)
- 3,05 % gesetzliche Pflegeversicherung (zusätzlich 0,25 % bei Kinderlosen, ab 2022 voraussichtlich 0,35 %)
- 2,4 % Arbeitslosenversicherung

Außerdem müssen Sie die Beiträge zur Unfallversicherung zahlen (Höhe je nach Art der Tätigkeit).



Verdient eine kurzfristig beschäftigte Aushilfskraft mehr als 450 € monatlich, müssen Sie prüfen, ob sie berufsmäßig arbeitet. Denn wer berufsmäßig arbeitet, darf nicht kurzfristig beschäftigt werden.

- Damit die Tätigkeit nicht als berufsmäßig gilt, darf der Lebensunterhalt nicht ausschließlich mit ihr bestritten werden.
- Alle Arbeitslosengeldempfänger gelten als berufsmäßig Beschäftigte.



Überschreitet eine als kurzfristig vereinbarte Beschäftigung **die Grenzen** von drei Monaten bzw. 70 Tagen, so tritt vom Tag des Überschreitens an die Versicherungspflicht ein.

Mehrere aufeinanderfolgende kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse werden zusammengerechnet, auch wenn sie bei verschiedenen Arbeitgebern ausgeübt werden.

Bei weiter gehenden Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung

Bei weiteren Fragen zum Thema kurzfristige Beschäftigung können Sie gerne einen Termin mit uns vereinbaren.